

Erfahrungen, die sich aus der geringen Ernte ergaben

Zum Abschluß der Spargelernte

Die Spargelernte 1938 stellte infolge der ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse an die Marktordnung dieses Erzeugnisses neuartige Anforderungen. Das sehr spät einsetzende Frühjahr zog die Beginn der Siedzeit im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren ganz beträchtlich hinaus, und auch im Verlauf der Ernte blieben die Anlieferungen der meisten Erzeugergebiete klein. Die Hoffnungen des Anbauers auf eine reichliche Spargelernte, die angeblich das gute Wachstumsstandes im Vorjahr durchaus berechtigt waren, schmolzen immer mehr zusammen. Auch die breiten Verbraucherseiten warteten von Woche zu Woche auf den Anfall eines reichlichen Angebotes. Selbst in der Zeit nach dem Pfingstfest, zu der erhabungsgemäß der Spargel immer reichlich vorhanden ist, konnte der Bedarf nicht vollkommen befriedigt werden. Seit diesem Zeitpunkt war es offensichtlich, daß mit einer Vorratsernte nicht mehr gerechnet werden konnte. Am geringsten waren die Erntergebiete in den mittleren und süddeutschen Anbauregionen. Hier wurde nur eine etwa 50%ige Ernte erzielt. In Südwürttemberg wirkte sich die frühe Witterung erheblich weniger aus. Die Spargelernte blieb um etwa 25% hinter einer durchschnittlichen Normalernte zurück. Das finanzielle Ergebnis der dortigen Anbauer war deshalb deshalb nicht ungünstig, weil die durchschnittlichen Ernterückstände dort immer ganz erheblich höher sind, als z. B. in der Kurmark oder in Hannover.

Marktordnerisch gesehen, war diese Mangellage etwas Neues. Es galt einerseits, den Anfall möglichst gleichmäßig zu verteilen, insbesondere mußte auch die Verarbeitungsindustrie mit den unbedingt notwendigen Mindestmengen versorgt werden. Es war nicht angängig, diesen wichtigen Zweig des Gartenbaus, der für die Vorratsbildung von der größten Bedeutung ist, etwa zugunsten der Frischmarkte zu vernachlässigen. Einz doch die Verarbeitungsbetriebe darauf hingewiesen, während der ganzen Saison ihr Personal und ihre Einrichtungen in Tätigkeit zu halten, andernfalls weit größere Schäden als nur die durch das Fehlen der Verkaufsrücklage durch das Abwandern der Helferkräfte und durch das Weiterlaufen der seien Kosten eintreten würden. Im Interesse ihrer Funktionsfähigkeit mußte also auch sie mit den notwendigen Mindestmengen versorgt werden.

Für die Preisbildung hatte der Herr Reichskommissar für die Preisbildung den Organen der Marktordnung bei Erntebeginn ein bestimmtes Preisbild als verbindliche Richtlinie gegeben. Innerhalb desselben wurde von zentraler Stelle aus der Marktpreis so gesteuert, daß an Stelle der früher häufigen erheblichen Preisabschlägen ein möglichst gleichmäßiges Preisbild entstehen sollte. Dieses Ziel ist auch vollkommen erreicht worden. Der durch die Minderernte bedingte Minderertrag des Erzeugers konnte natürlich auch durch verhältnismäßig hohe Preise als in den Vorjahren nicht reichlich ausgleichen werden. Aber es muß hier herausgestellt werden, daß der durch die Witterung angerichtete Schaden in der vergangenen Spargelernte nicht etwa nur zu Lasten der Erzeuger gegangen ist, sondern ebenso von den Verbrauchern, dem Handel und der Verarbeitungsindustrie getragen worden ist.

Als Instrument zur Ordnung des Spargelmarktes diente, wie in den Vorjahren, die Anordnung Nr. 72 der Hauptverteilung. Mit ihrer Hilfe wurde in den verschiedenen Gebieten die Organisation gemäß den dort gegebenen Vorbedingungen aufgebaut.

In Hessen-Kassel wurde die Spargelernte dinglich durch die Bezirksabgabeketten ersetzt und durch den dort anfalligen Verbandshandel in den Verkehr gebracht. Dem Handel wurde seitens des Gartenbauwirtschaftsverbands die Verantwortung, vor allem Süd- und Westdeutschland, vorgeschrieben. In den mittleren und norddeutschen Erzeugergebieten lieferierten die den Spargel erfassenden Bezirksabgabeketten in den für vorbehaltene Verbrauchergebieten durch Auslieferungsketten an den Einzelhandelsgroßhandel. Dieses Verfahren erwies sich dort als notwendig, weil ein zünftiger Verbandshandel vollkommen fehlt. Um ostdeutschen Anbauorten, der Kurmark, wird der Spargel durch die Bezirksabgabeketten ersetzt und an Großverteiler abgegeben, die den prozentualen Abnahme berechtigt und verpflichtet sind.

Die verschiedenen Abgabeketten haben nunmehr bereits mehrere Jahre nebeneinander gearbeitet und die Erfahrungen sowohl in Jahren reichlicher

Ernte als bei Mangellagen haben wertvolle Vergleiche, wie den Forderungen der Marktordnung zweimäßig entsprochen werden kann, zugelassen.

Besonders hat sich die Koppelung bestimmter Erzeugergebiete mit den verschiedenen Verbrauchergebieten bewährt. Wurde doch dadurch das Nebeneinander verschiedener Ernteländer am gleichen Markt mit all den daraus entstehenden Schwierigkeiten restlos vermieden.

Da sich gegen Ende der Siedzeit erwies, daß die Versorgung der Verarbeitungsindustrie noch ungünstig war, wurde die Siedzeit zugunsten der Industriebelieferung noch um einige Tage verlängert.

Die Minderernte dieses Jahres kann in ihrem finanziellen Ergebnis zwar weder die Erzeuger noch die Verbraucher, weder den Handel noch die Industrie restlos befriedigen. Jedoch hat der Verlauf der Saison gezeigt, daß die ergriffenen vorordneten Maßnahmen erfolgreich im Sinne der Pöhlwirtschaft gemäß haben. Wegen kommender Jahre mit reichen Ernten die Einbußen dieses Jahres ausgleichen und dafür sorgen, daß die Spargelanbauslächen im gleichen Umfang erhalten bleiben.

Reichsstatthalter Mutschmann dankt den sächsischen Gärtner

Entsprechend seinem Ruf hat sich der sächsische Gartenbau im hervorragenden Weise an der Belebung der 2. Reichsgartenschau in Essen beteiligt. Auch Ostdeutschland war Sachsen die einzige Landesbauernschaft, die eine Gemeinschaftsschau in Essen zusammenstellte hatte. Bei der Eröffnungsfeier waren mehr als ein Viertel sämtlicher Aussteller aus Sachsen, mehr als die Hälfte aller ausgetriebenen Gewächse stammten aus diesem Bau. Viele Preise waren die äußere Anerkennung für die Leistungen der sächsischen Gärtner. Auch auf der Sonderausstellungshalle hatten die sächsischen Gärtner unter dem Namen „Sächsische Rosenabteilung“ eine vorzüliche Gemeinschaftsschau aufgebaut, zu der in Flugzeugen 15 000 Rosen aus dem Dresdener und Leipzig-Rosenanbaugebiet nach Essen geschickt wurden. Von der Güte der Erzeugnisse und der Geschlossenheit des Aufbaues — angeleitet in herzlichen Worten des Reichsstatthalters — ausgehend in herzlichen Worten des Reichsstatthalters — war auch dieser Gemeinschaftsschau ein einzigartiger Erfolg beschieden. Zahlreiche Rosenschuler wurden auch hier preisgekrönt. In einem Schreiben an Landesbauernführer Förderer hat der Reichsstatthalter in Sachsen, Bauleiter Mutschmann, seine Freude und besondere Anerkennung über die Erfolge der Landesbauernschaft und der sächsischen Gärtner ausdrücklich verlesen.

In Moskau:

wartet man auf die Zusätze von — Gemüse

Seit Beginn des Sommers hat die Moskauer Presse schon zum laufenden Male, jedoch immer vereinzelt, die Frage angeschnitten, warum die jahreszeitlich bedingte Versorgung einer 3½-Millionen-Stadt mit Obst und Gemüse nicht reguliert sei. Inzwischen ist der kalte Sommer verflossen, und die „Iswestija“ (8. 7. 1938) weisen wieder einmal entrüstet darauf hin, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der von den Einwohnern so sehnlich erwarteten Durchschnittsmengen an Gemüse angeliefert wird. Bis in die auserlesenen Tage hinein gab es in den Verkaufsläden Moskaus nur nicht appetitlich ausschmeckende, arg gesetzte Zwiebeln sowie weggeworfenen Salat. Gurken, Kartoffeln, Blumenkohl waren so gut wie überhaupt nicht aufzutreiben. Die hierfür verantwortliche Organisation, der „Moskauer Frucht-Gemüse-Handel“, versucht die eigene Unfähigkeit mit der höchst sonderbaren Ausrede zu entkräften, „daß die Kollektivbauern nicht das gepflanzt hätten, was der großerstädtische Gemüsemarkt benötigte!“

Reichsgartenschau Essen 1938

Beplatzung des Großen Blumenhauses

Wie schon bei der Frühlings- und Sommerbeplatzung ist bestäbtigt, auch die Herbstbeplatzung in Form einer Leistungsschau durchzuführen. Die Interessenten, die sich an der Beplatzung des Großen Blumenhauses mit Herbstblümern beteiligen wollen, werden gebeten, Art, Sorte und Menge bis zum 15. August 1938 anzumelden. Anmeldungen werden erbeten an die 2. Reichsgartenschau Essen, Ritterstraße 2.

Die Ausstellung erfolgt nach den bekannten Ausstellungsbedingungen.

gez. Holzhauer,

Sonderbeauftragter des Reichsnährstandes.

POLITISCHE STREIFLICHTER

Das Recht der Unterdrückten

Wir haben an dieser Stelle schon mehr als einmal die fordernden Feststellungen über das sogenannte „Recht der Welt“ machen müssen. Es ist jedenfalls eine unbeschreibbare Tatsache, daß diese beständige Art des Gewissens sich niemals regt, wenn irgendwo in der Welt deutscher Menschen Unrecht getan wird. Diese Größer aber sind die Auswirkungen dieses Gewissens, wenn hier und da ein Jude in jederlich berechtigte Schranken zurückgewiesen wird oder wenn der Deutsche sich gegen getantes Unrecht zur Wehr setzt. Wer wollte anders behaupten? Nehme man doch z. B. das Memeldeutschland, das als abgespalteter Volksgruppe einen ebenso harten Kampf um seine vollelige und wirtschaftliche Existenz führen muß wie das Sudetendeutschland und andere deutsche Volksgruppen. Ganz hat man den Memelländern in einem sogenannten Statut ihre völkischen Rechte gewährt und die Großmacht haben ihr Wort verplaudert, daß diese Rechte garantiert bleiven. Doch ist die Wirklichkeit sehr viel anders. Schon im Jahre 1926, vor rund 12 Jahren also, hat Litauen für das Memelgebiet einen Ausnahmestatut verhängt, einen Kriegszaun, und damit praktisch eine ganze Reihe der dem Memeldeutschland zugeschriebenen Rechte bestellt. Der Ausnahmestatut hat nämlich keinen anderen Sinn als den, die deutsche Bevölkerungsmehrheit zu unterdrücken, das Deutschland mindert zu machen. Nur ein Beispiel. Es charakterisiert aber eindeutig genug, welche Kämpfe das Volksdeutschland außerhalb der Reichsgrenzen durchzuführen hat und wie es um den Gerechtigkeitssturm in der Welt bestellt ist. Allein die Säute des Reiches kann unseren Blutsbrüder jenseits der Reichsgrenzen annehmbare Lebensbedingungen schaffen.

Triumph deutscher Kultur

Es wäre an sich nicht verwunderlich, wenn in den Jahren der politischen Erneuerung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus das deutsche Volk sich weniger auf das kulturelle Leben konzentrierte. Es wäre das ein ganz natürlicher Vorgang und Beweis dafür ist der Lauf der Geschichte, wo ähnliche Vorgänge mit der Beständigkeit eines Naturgeistes immer wieder festzuhalten sind. Wie in manchen anderen Dingen aber, so scheint das nationalsozialistische Deutschland auch hier eine Ausnahme zu machen. Gegenüber dem irren Geiste

der internationalen Presse über die angebliche Kulturoffenheit der Nationalsozialisten wollen wir einmal folgende Tatsachen für sich sprechen lassen: Wagner-Festspiele in Bayreuth — Festspiele in Salzburg — Festspiele auf fast allen Festlichkeitshäusern im Reich — Reichsfestspiele auf dem Dringelplatz zu Heidelberg und schließlich noch: Schillerfestspiele in Bayreuth im Sudetenland. Welch eine fühlbare kulturelle Leistung und kulturelle Sendung ist in diese wenigen Worte einzuschaffen! Es gehört schon viel dazu, und diese Leistung nochzumachen, auch wenn man vom Tag der deutschen Kunst und von den damit verbundenen Ausstellungen ganz absieht.

Mare Scheidung!

Es gibt sicherlich eine ganze Reihe von Voraussetzungen, die es leichter begründen würden, wenn man die Judenfrage für Deutschland ganz radikal, sozusagen mit einem Federstrich, lösen würde. Jeder vernünftige Mensch wird sich aber sagen, daß gerade die Vereinigung der Judenfrage einer gründlichen Sozialarbeit bedarf, das man zwar Schritt für Schritt, dafür aber auch um so entschiedener vornehmen muß. Insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiet wären überlegliche Aktionen erforderlich, um nicht die wirtschaftliche Existenz deutscher Volksgemeinschaft zu gefährden. Jedes, die Zeit reißt heran, da jede jüdische Nachstellung in Deutschland gebrochen sein wird. Die jüdischen Herausforderungen durchführungsbestimmungen des Reichsministeriums für die Anlage eines Vergleiches der jüdischen Betriebe beweisen, mit welcher ehrlichen Gewissheit man die Entzündung der deutschen Wirtschaft vorantreibt. Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister wird die Verordnung durchgeführt, nach der Vergleichsunternehmen die Behörden geführt werden, bei denen die Betriebe bei den Behörden geführt werden müssen, bei denen die Betriebe nach der Vergleichsordnung angemeldet sind. Die Anlage dieser Vergleichsunternehmen soll mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Die Zuständigkeiten müssen sich die notwendigen Unterlagen in Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Partei, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Finanzbehörden und sonstigen zweimäßigen Stellen verschaffen. Wichtig ist dabei die Bestimmung, daß auch diejenigen Betriebe in die Ermittlungen einbezogen werden müssen, bei denen eine Tatung vermutet wird. Wie haben in der

letzten Zeit an drastischen Beispielen des öfteren ersehen, wie gefährlich der Jude bei seinen Taten handlungsmäßig ist. Es wird ihm aber nicht viel helfen, denn in kürzester Zeit wird in Deutschland die starke Scheidung getroffen sein.

Kampf dem politischen Katholizismus!

immer stärker werden sich die führenden katholischen Männer gegen die Machenschaften des politischen Katholizismus, wie er insbesondere in den Ausweichungen des Observanten Romano, der Zeitung des Bistums, zum Ausdruck kommt. Papstliches Eifer und die Seele eines Rabbiners bedienen zu haben — das wirkt z. B. die katholische Zeitung „Gloriosa“ aus dem Bistumspostulat vor. Die Zeitung der Katholiken, Regime Faschista, bannmarkt das Verhalten des Observanten gelegentlich des Auftretens des päpstlichen Künftes anlässlich des Heil-Feiern in Rom, gelegentlich des Führerbesuchs und gelegentlich der Feierlichkeiten im Dom von Rom, wo der Kardinal Eichard als offizielle Mission Frankreichs, den Kampf gegen die Diktaturen“ bezeichnet hat. Das saarländische Blatt wirkt in diesem Zusammenhang der Zeitung des Bistums mit eindrücklicher Deutlichkeit „Fälschung, Lüge und Doppelzüngigkeit“ vor und schließt mit der Feststellung, daß die Herausgeber des Observanten beweisen hätten, daß sie immer noch Gegner des katholischen Katholizismus seien. Es ist ganz natürlich, diese Tatsachen einmal nachdrücklich der Weltöffentlichkeit unter die Sonne zu stellen. Es wird immer bestehen, daß nur die Nazis sich mit dem politischen Katholizismus nicht vertragen können. Die oben geschilderten Tatsachen dürfen beweisen, daß auch andere ehrliche Völker darauf verzichten, sich dem politischen Katholizismus geläufig bewundern zu lassen.

Frankreich vor neuen Kämpfen

Die vor einigen Tagen erfolgte neuerliche Erhöhung des Brotpreises in Paris und gewisse andere Ereignisse haben sicherlich nicht dazu beigebracht, die Stimmung in Frankreich zu heben oder zu dämpfen. So ist es denn kein Wunder, daß sowohl von Seiten der Marxischen als auch von den nationalen Parteigruppen schärfste Kritik geübt wird. Allerdings hätten die Marxisten eigentlich am wenigsten das Recht, zu kritisieren; denn sie sind in erster Linie an den heutigen wirtschaftlichen Zuständen in Frankreich schuld. Gerade die Bolschewistinnen waren es, die sich gegenüber den anstehenden Wirtschaftsfragen und Wirtschafts-

problemen als unfähig erwiesen. Nichtsdestoweniger nehmen gerade die Marxisten den Kurs wieder einmal recht voll und drohen sogar mit neuen Aktionen der Massen. Der Generalsekretär der marxistischen Gewerkschaftsleitung, Jouhaux, war es, der bei einer Versammlung in aller Öffentlichkeit erklärte, daß die Vollfront noch nicht am Ende sei. Im Gegenteil, sie werde noch überzeugende Beweise dafür erbringen, wenn der Tag der Aktion gekommen sei. Jouhaux erklärte, daß alles zu einer solchen Aktion bereit sei und verzog nicht, der Regierung und seinen politischen Gegnern entsprechende Drohungen zuzurufen. Es entsteht nicht einer gewissen Planterie, wenn man am Ende feststellt, daß diese reichlich starke Worte ausgerichtet auf einer Veranerkennung der bestreitigen „Dinge der Menschenrechte“ stehen. Diese im Solde der Bolschewiken stehende Organisation hat ja auch früher einmal in Deutschland ihr Unmengen getrieben und hinter der Maske des angeblichen Kampfes für „Menschenrechte“ verbirgt sich nichts anderes als die Freude des internationalen Juden.

Der Kollektivismus steht

Es wird immer einmäher um Genuß. Das gesuchte Institut — Völkerbund genannt — vermag keinen Grund mehr hinter dem Namen herzugeben. Ja, man muß heute sogar feststellen, daß sich die europäischen Politiker sichtlich bemühen, jede Erwähnung um den Völkerbund zu vermeiden, damit es nicht zu einer neuen Belohnungsprospekt kommt, bei der der Völkerbund unter Garantie ebenso verfügt wie bisher. Wie katastrophal es um das Ansehen des Völkerbundes besteht ist, das hat die Konferenz der Oslo-Staaten bewiesen. Die Außenminister von Schweden, Norwegen, Finnland und Zugemburg haben beschlossen, sich von Genuß zurückzuziehen, da eine kollektive Sicherheitsordnung praktisch doch nicht möglich sei. Sie haben genannte Staaten wollen vielmehr eine enge Zusammenarbeit untereinander vorabreden, da sie es als gefährlich ansahen, noch einmal Verpflichtungen auf sich zu nehmen, wie sie der Völkerbund — siehe Sanctionen gegen Italien — verordnet. Die Feststellungen auf der Konferenz der sieben Außenminister sind eine vernichtende Kritik jenes angeblichen Sicherheitssystems, das Frankreich mit seinen Verbündeten aufgerichtet hat, um für alle Zeit die Ausübung des Krieges zu beobachten. Deutschland hat schon vor Jahren seine Antwort darum gegeben. Der Kurs der Ereignisse hat uns Recht gegeben — der Völkerbund ist.